

## Nachhaltige Finanzierung für Entwicklungszusammenarbeit!

Für 2019 plant die Bundesregierung, den Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) auf 9,7 Milliarden Euro zu erhöhen.<sup>1</sup> Das sind zwar 284 Millionen Euro mehr, als für 2018 geplant waren, doch dieser Aufwuchs ist aus mindestens drei Gründen unzureichend:

- Erstens ist der Bedarf deutlich höher. Die Erhöhung reicht für einen angemessenen deutschen Beitrag zur Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals - SDGs) bei weitem nicht aus.
- Zweitens bricht Deutschland damit die internationale Zusage, öffentliche Entwicklungsgelder (ODA) in Höhe von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) bereitzustellen. Die ODA-Quote betrug 2017 0,66 Prozent. Ohne Anrechnung von Ausgaben für Geflüchtete im Inland wären es sogar nur 0,5 Prozent gewesen. Mit dem Haushaltsentwurf 2019 entfernt sich Deutschland noch weiter von der Einhaltung des 0,7-Prozent-Ziels: Schätzungen des BMZ gehen von einem Absinken auf 0,48 Prozent für 2019 aus.<sup>2</sup>
- Dies ist – drittens – ein Bruch des Koalitionsvertrages, in dem vereinbart wurde, ein Absinken der ODA-Quote zu verhindern.

Bisher existiert kein Plan, der aufzeigt, wie die Bundesregierung das 0,7-Prozent-Ziel bis 2020 erreichen kann. Laut der von der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung (DSW) unterstützten Venro-Studie (2017) „Die Entwicklung der deutschen ODA bis 2020: Was muss die deutsche Bundesregierung tun, um das 0,7-Prozent-Ziel zu erreichen?“<sup>3</sup> hätte die Bundesregierung die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit von 2018 bis 2020 um insgesamt 17,8 Milliarden Euro zusätzlich erhöhen müssen, um das 0,7-Prozent-Ziel zu erreichen. Das entspricht rund sechs Milliarden Euro jährlich.<sup>4</sup> Von solchen Erhöhungen ist die mittelfristige Finanzplanung bis 2022 weit entfernt. Im Gegenteil: Der BMZ-Etat, aus dem der Großteil der ODA-Mittel kommt, soll in den kommenden Jahren sukzessive gekürzt werden und im Jahr 2022 wieder ungefähr auf dem Niveau von 2017 liegen.<sup>5</sup>

**Die DSW fordert den Bundestag und die Bundesregierung daher auf, einen Plan vorzulegen, wie das 0,7-Prozent-Ziel bis 2020 erreicht werden kann, und zwar ohne die Kosten für Geflüchtete im Inland anzurechnen. Darüber hinaus muss der Haushalt an den SDGs ausgerichtet werden. Die DSW fordert den Bundestag auf, die Titel des BMZ-Etats zu erhöhen, die für die Umsetzung von SDG 3 zu Gesundheit und das SDG 5 zur Gleichstellung der Geschlechter zentral sind. Zugleich muss der Bundestag sicherstellen, dass relevante Initiativen in diesen Bereichen fortgesetzt werden.**

<sup>1</sup> <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/034/1903400.pdf> (abgerufen am 13.09.2018).

<sup>2</sup> <https://www.tagesspiegel.de/politik/bundeshaushalt-2019-olaf-scholz-spart-am-falschen-ende/22779550.html> (abgerufen am 13.09.2018).

<sup>3</sup> [http://venro.org/uploads/tx\\_igpublikationen/Studie\\_ODA\\_2017\\_final2\\_DIGITAL\\_02.pdf](http://venro.org/uploads/tx_igpublikationen/Studie_ODA_2017_final2_DIGITAL_02.pdf) (abgerufen am 13.09.2018).

<sup>4</sup> Ebd.

<sup>5</sup> <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/034/1903401.pdf> (abgerufen am 13.09.2018).

## In der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit bedeutet dies konkret:

- **Die BMZ-Initiative „Selbstbestimmte Familienplanung und Müttergesundheit“ fortführen und ausbauen:**  
Die Initiative des BMZ zur freiwilligen Familienplanung und Müttergesundheit ist als zentrales Instrument zur Umsetzung der Muskoka-Initiative entstanden und läuft 2019 aus. Sie muss unbedingt fortgesetzt und mit einem stärkeren Fokus auf junge Menschen und den Zugang zu Verhütungsmitteln ausgebaut werden. Die Initiative leistet einen wichtigen Beitrag zu einem selbstbestimmten Leben und zur Senkung ungewollter Schwangerschaften, von Schwangerschaftsabbrüchen und der Müttersterblichkeit. Die jährlichen Mittel müssen daher ab 2020 von 100 Millionen auf 150 Millionen Euro erhöht und dazu bereits 2019 ausreichende Verpflichtungsermächtigungen für die kommenden Jahre eingestellt werden.
- **Investitionen in bilaterale Vorhaben zur Gleichstellung der Geschlechter erhöhen:**  
Gelder für bilaterale Vorhaben mit dem Hauptziel Geschlechtergerechtigkeit (sogenannte GG2-Projekte) lagen laut der OECD 2016 bei rund 149 Millionen Euro.<sup>6</sup> Diese Mittel müssen auf mindestens 200 Millionen Euro pro Jahr erhöht werden. Nur so können die SDGs für alle Menschen erreicht werden. Darüber hinaus müssen die ODA-Ausgaben für bilaterale Projekte, die zur Gleichstellung der Geschlechter beitragen (sogenannte GG1- und GG2-Projekte), mindestens 45 Prozent der bilateralen ODA-Mittel ausmachen. 2016 lag dieser Anteil bei 38 Prozent.<sup>7</sup>

## In der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit fordert die DSW:

- **Gelder für den Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) und die International Planned Parenthood Federation (IPPF) verdoppeln (Haushaltstitel 687 01-23):**  
Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren zu einem wichtigen Akteur im Bereich sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte entwickelt. So unterstützt die Bundesregierung neben der oben genannten BMZ-Initiative zur freiwilligen Familienplanung zentrale Organisationen in diesem Bereich – UNFPA und IPPF. Der aktuelle Haushaltsentwurf sieht für 2019 einen gleichbleibenden deutschen Beitrag von 22 Millionen Euro für UNFPA und sechs Millionen Euro für IPPF vor.  
Laut dem Guttmacher Institut sind international rund 20 Milliarden US-Dollar mehr als 2017 notwendig, um weltweit eine 100-prozentige Versorgung mit Verhütungsmitteln und den von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) empfohlenen Gesundheitsdiensten für Schwangere und Neugeborene zu finanzieren.<sup>9</sup> Diese wurden auch als Teil der SDGs vereinbart. Hier muss Deutschland dringend mehr Verantwortung übernehmen und die UNFPA-Mittel auf mindestens 44 Millionen Euro sowie den Beitrag an IPPF auf mindestens 12 Millionen Euro erhöhen.
- **Gelder für den Globalen Fonds auf mindestens 400 Millionen Euro pro Jahr erhöhen (Haushaltstitel 896 07-023):**  
Der im Jahr 2002 gegründete Globale Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria (Globaler Fonds) investiert jährlich rund vier Milliarden US-Dollar in die Prävention und Behandlung von Aids, Tuberkulose und Malaria. Damit wurden bis heute 27 Millionen Menschenleben gerettet. So

<sup>6</sup>[https://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=DV\\_DCD\\_GENDER&lang=en#](https://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=DV_DCD_GENDER&lang=en#); <https://data.oecd.org/conversion/exchange-rates.htm> (abgerufen am 13.09.2018).

<sup>7</sup>Eigene Berechnung für 2016 basierend auf OECD.Stat 2018. Aid projects targeting gender equality and women's empowerment (CRS), Deutsche bilaterale ODA 2016 die zur Gleichstellung der Geschlechter beiträgt hat (score: total) als prozentualer Anteil an der gesamten bilateralen-ODA 2016 [https://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=DV\\_DCD\\_GENDER&lang=en#](https://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=DV_DCD_GENDER&lang=en#) (abgerufen am 13.09.2018).

<sup>9</sup><https://www.guttmacher.org/sites/default/files/factsheet/adding-it-up-contraception-mnh-2017.pdf> (abgerufen am 13.09.2018).

# POSITIONSPAPIER ZUM BMZ-HAUSHALT 2019



erhielten 2017 17,5 Millionen Menschen, die mit HIV leben, eine lebensrettende antiretrovirale Therapie. Fünf Millionen Tuberkulosefälle wurden diagnostiziert und behandelt. 197 Millionen mit Insektizid behandelte Moskitonetze wurden verteilt, um Malaria vorzubeugen.<sup>11</sup>

Der aktuelle Haushaltsentwurf sieht einen deutschen Beitrag zum Globalen Fonds von 220 Millionen Euro für das Jahr 2019 vor. Das sind 15 Millionen Euro weniger als 2018. Der Haushalt 2019 ist die letzte Chance, um die deutsche Zusage für 2017 bis 2019 in Höhe von 800 Millionen Euro umzusetzen, die neben dem Kernbeitrag unter anderem auch Schuldenumwandlungen (Debt to Health – D2H) beinhaltet. Da über D2H weit weniger Mittel fließen werden als geplant, muss dies durch einen entsprechend höheren Kernbeitrag kompensiert werden.

Positiv sind die Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von insgesamt einer Milliarde Euro für 2020 bis 2022. Allerdings sind diese Mittel in Höhe von 370 Millionen Euro noch gesperrt.<sup>12</sup> Hier ist der Bundestag gefragt: Gemessen an der Wirtschaftskraft Deutschlands und im Vergleich zu anderen Gebern muss Deutschland einen Beitrag von mindestens 400 Millionen Euro pro Jahr bereitstellen. Die Verpflichtungsermächtigungen sollten daher nicht nur entsperret, sondern auf insgesamt 1,2 Milliarden Euro erhöht werden.

- **Gelder für Gavi zu 100 Prozent multilateral einstellen (Haushaltstitel 687 01-023):**

Seit ihrer Gründung im Jahr 2000 konnten durch die Impfprogramme der internationalen Impfallianz Gavi fast 700 Millionen Kinder vor ansteckenden Krankheiten geschützt und zehn Millionen Menschen vor dem Tod bewahrt werden.<sup>13</sup> Die Bundesregierung unterstützt Gavi mit 110 Millionen jährlich. Jedoch fließen nur 60 Millionen Euro direkt an Gavi. 50 Millionen Euro stellt Deutschland als bilaterale Beistellungen über die KfW Entwicklungsbank bereit, wodurch unnötige Transaktionskosten entstehen. Um Gavi in einer effektiveren Weise zu unterstützen, muss die Bundesregierung ihren Beitrag in Höhe von 110 Millionen Euro über den relevanten Haushaltstitel direkt Gavi zur Verfügung stellen.

- **Die Global Financing Facility unterstützen (Haushaltstitel 687 01-023):**

Die DSW begrüßt die Ambition der Global Financing Facility (GFF), die Finanzmittel für reproduktive Gesundheit sowie in die Gesundheit von Müttern, Kindern, Neugeborenen und Jugendlichen (Reproductive, Maternal, Newborne, Child and Adolescent Health - RMNCAH) zu erhöhen und mit nationalen Investitionsplänen zu einer verbesserten Geberkoordination beizutragen. Im Haushaltsentwurf 2019 ist in den Erläuterungen des Weltbanktitels erwähnt, dass die Bundesregierung beabsichtigt, die GFF ab 2020 mit 50 Millionen Euro zu unterstützen. Hierfür wurden Verpflichtungsermächtigungen eingestellt. Deutschland sollte schon für 2019 einen Beitrag an die GFF einstellen. Denn dadurch kann die Bundesregierung Einfluss auf dieses noch junge Instrument nehmen und sich dafür einsetzen, dass der Zugang zu Verhütungsmitteln – auch für Jugendliche – stärker in den Fokus der GFF rückt und die Transparenz und zivilgesellschaftliche Beteiligung bei der GFF weiter gestärkt werden.

Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW) · Alexanderstr. 1 · 10178 Berlin  
Tel.: +49 30 2400069-0 · Fax: +49 30 2400069-22 · berlin@dsw.org · www.dsw.org